

Ortlieb, Heinz-Dietrich

Article — Digitized Version

Freiheitlicher Sozialismus heute: Zur Neuorientierung des Sozialismus in der pluralistischen Gesellschaft

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Ortlieb, Heinz-Dietrich (1972) : Freiheitlicher Sozialismus heute: Zur Neuorientierung des Sozialismus in der pluralistischen Gesellschaft, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 52, Iss. 10, pp. 547-558

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134460>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Freiheitlicher Sozialismus heute

Zur Neuorientierung des Sozialismus in der pluralistischen Gesellschaft

Heinz-Dietrich Ortlieb, Hamburg *)

Der Verfasser, Direktor des HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg und Ordinarius an der Universität Hamburg, ist seit mehr als 40 Jahren Mitglied der SPD. Er ist Schüler des Sozialisten und Sozialökonomen Eduard Heimann, der schon Anfang der zwanziger Jahre als erster Sozialist das Konzept eines marktwirtschaftlichen Sozialismus entwickelt hat. In der vorliegenden Abhandlung entwickelt Ortlieb seine schon seit 20 Jahren vertretene Konzeption eines „Freiheitlichen Sozialismus“ und warnt gleichzeitig vor einem Steckenbleiben in den Fehlern einer kommerzialistischen und libertinen Wohlstandsgesellschaft wie auch vor einer Flucht in Wunschträume radikaler Reformisten.

Der moderne Sozialismus als Idee und Bewegung ist von seinem Ursprung her Protest gegen die sozialen und ökonomischen Mängel, von denen die Industrialisierung der Welt im 18. und vor allem im 19. Jahrhundert begleitet war. Zu diesen Mängeln rechneten in erster Linie die soziale Unsicherheit und Elendslage des entstehenden Arbeiterproletariats, die einseitige Macht- und Einkommensverteilung in Klassenstaat und Klassengesellschaft sowie Massenarbeitslosigkeit und wiederkehrende Absatzkrisen der Wirtschaft.

Marxistischer Sozialismus ist Anti-Kapitalismus

Da der Sozialismus für diese Fehlleistungen fast ausschließlich die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung verantwortlich machte, war er von seinem Ursprung her antikapitalistisch und zielte daher auf den Umsturz oder die Reform

dieser Ordnung, als deren wesentliche Kennzeichen das Privateigentum an den Produktionsmitteln und die Koordinierung der Privatwirtschaft durch den Marktmechanismus angesehen wurden. Soweit der Sozialismus bis zum Ersten Weltkrieg entscheidend durch den Marxismus geprägt wurde, waren Umsturz oder Reform gerichtet auf das Antibold des Kapitalismus. Eine „klassenlose Gesellschaft“ schien marxistischen Sozialisten nur denkbar in einer Ordnung, die geradezu das Negativ der kapitalistischen darstellte. Dementsprechend sollte an die Stelle des Privateigentums das Gemeineigentum und an die Stelle des Markt- und Preismechanismus die zentrale Totalplanung treten. Merkwürdiger- und utopischerweise war dafür nicht ein allmächtiger Staat vorgesehen, sondern der Obrigkeitsstaat sollte absterben und durch eine Verwaltung aller durch alle ersetzt werden können.

Hier fielen Karl Marx und seine Anhänger einem logischen Kurzschluß zum Opfer, dem auch die Menschen in unserem heutigen politischen und wirtschaftlichen Leben noch überwiegend anhän-

*) Dieser Aufsatz ist das teils gekürzte, teils erweiterte und auf den heutigen Stand gebrachte Manuskript eines Vortrages, den der Verf. schon Anfang der sechziger Jahre mehrmals auf gewerkschaftlichen Veranstaltungen gehalten hat.

gen, der Folgerung nämlich, daß von allen Mängeln, die einem Extrem anhaften, das entgegengesetzte Extrem frei sein müsse. Diese Pseudologik ist es, welche die Menschen immer wieder verleitet, im politischen und sozialen Leben (ebenso wie im privaten) von einem Extrem zum anderen zu schwanken. Selbstverständlich liegt bei Marx und den marxistischen Theoretikern dieser Kurzschnitt nicht in der allzu menschlichen unreflektierten, naiv emotionalen Form vor, wie man sie tagtäglich bei sich selbst und seinen Mitmenschen erleben kann. Im Gegenteil wird eine solche Folgerung in der marxistischen Theorie in hochrationalisierter Form vorgetragen.

Marx hat stets seinen ganzen Hohn über diejenigen unter seinen sozialistischen Vorläufern und Zeitgenossen ausgegossen, die glaubten, sich soziale Ordnungen ausdenken und sie gar durch Aufklärung und Überzeugung der Mächtigen dieser Erde verwirklichen zu können. Marx lehnte solche Utopien ab. Nach seiner Meinung sind es nicht die Ideen der Menschen, welche Ordnungen aufbauen oder zerstören, sondern es sind für den naiven Beobachter nicht ohne weiteres erkennbare Kräfte in der Geschichte am Werk, welche die ökonomischen Interessen der Menschen als Werkzeug benutzen, um darüber zu entscheiden, ob und in welcher Richtung die Ideen zur Wirkung gelangen und ob Ideen zur Wirkungslosigkeit verdammt sind.

Daraus zieht Marx keinen fatalistischen Schluß. Er versucht vielmehr hinter das Wirken jener anonymen Mächte zu gelangen, um sich auf das Vehikel der Weltgeschichte selbst schwingen zu können. Natürlich bedeutet „die Welt verändern“ dann nur, dasjenige zu fördern, was die Weltgeschichte sowieso sich zu bewirken anschickt. Aber es bringt ein ungeheures Überlegenheitsgefühl seinen Zeitgenossen gegenüber mit sich — eine Einstellung, deren Überheblichkeit wir erst heute voll ermessen können —, wenn man sich imstande glaubt, einen vorausschauenden Blick hinter die Kulissen der Weltgeschichte werfen zu können. Und wenn man gar wie Marx und seine Anhänger aus der Analyse des Kapitalismus glaubt nachweisen zu können, daß die geschichtlichen Bewegungsgesetze zur „klassenlosen Gesellschaft des Kommunismus“ führen müssen, so fällt es nicht schwer, in der Rolle des wissenschaftlichen Propheten zum Stifter einer Aufklärungsreligion zu werden.

Von der Marxschen Entwicklungstheorie des Kapitalismus traf weitgehend — aber nicht zu reichend — seine Konzentrationstheorie zu, dagegen nicht die Voraussage einer Zweiklassen-

gesellschaft mit eindeutigen Interessengegensätzen und einer entsprechenden Verelendung und Zunahme des Arbeiterproletariats. Besonders problematisch erwies sich aber die Marxsche Annahme, daß die Beseitigung von Privateigentum und Markt eine „klassenlose Gesellschaft ohne Interessengegensätze herbeiführen würde. Die sowjetkommunistische Realität zeigte dem gegenüber ein Allmächtigwerden des Staates mit einer Minimierung individueller Freiheitsräume.

Spaltung des Sozialismus

So war es nur folgerichtig, wenn der Unterschied zwischen marxistischer entwicklungstheoretischer Voraussage und tatsächlicher sozialökonomischer Entwicklung zur Spaltung der marxistischen Arbeiterbewegung führte. Heute sind nur noch zwei selbständige Bewegungen zu erkennen, die nicht mehr miteinander verbindet als eine weit zurückliegende Vergangenheit. Die eine Bewegung, die kommunistische, versucht auch heute noch mit den Mitteln des Terrors und der pseudowissenschaftlichen Propaganda den Glauben an das aus der antikapitalistischen Ordnung entspringende irdische Paradies der klassenlosen Gesellschaft aufrechtzuerhalten. Die andere Bewegung, die demokratisch-sozialistische, hat das gesellschaftliche Ordnungsproblem als immer wieder neu gestellte, nie völlig und endgültig gelöste menschliche Aufgabe erkannt. Sie glaubt nicht an die Realisierbarkeit eines sozialen Paradieses auf Erden, aber sie sieht Möglichkeiten und hält sich nach wie vor für ihre ureigene Aufgabe, die sozialen Verhältnisse zu verbessern. Dabei ist sie nur noch bereit, diejenigen Bestandteile der Marxschen Lehre zur Lösung heranzuziehen, die als fruchtbare Hypothesen und Fragestellungen vor den Sozialwissenschaften der westlichen Welt nicht nur bestehen können, sondern diese Wissenschaften in vollem Umfange auch heute noch bewegen.¹⁾

Eine solche fruchtbare Problemkennzeichnung steckt in dem bekannten Satz von Marx: „Wer der Mensch von den Umständen gebildet wird, so muß man die Umstände menschlich bilden. Dieser Satz beleuchtet deutlich unsere zwiefältig-zwiespältige menschliche Situation und Wesen. Wir haben Chancen, „die Umstände menschlich zu bilden“. Aber wir müssen uns auch mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln darum bemühen, ausfindig zu machen, wo diese Chancen liegen, und die Chancen dann auch wahrnehmen.“

¹⁾ Über Ursprünge und Wurzeln sowie über Richtungskämpfe des Sozialismus vgl. Carl Landauer: Die Sozialdemokratie, Gesellschaftsabriss und Standortbestimmung, Hamburger Heft für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, H. 4/5, Hamburg 1919, S. 13 ff.

Tun wir das nicht, machen wir es uns bequem, lassen wir uns im Handeln und Erkennen defätistischer Reaktionen auf unbefriedigende Umstände hin, dann machen sich die Umstände selbständig, dann werden wir Menschen uns selbst entfremdet, zum reinen Produkt und Opfer unserer Verhältnisse; und dann bleibt uns allerdings keine Hoffnung, außer jener mehr als fragwürdigen Angewiesenheit auf die „liebenswürdige Entwicklungstendenz der Geschichte“ (Wilbrandt), auf welche die östliche Welt noch immer hofft.

Eine Betrachtungsweise, die sich stets der zweifältigen Situation des Menschen bewußt bleibt, erlaubt keinerlei Verbindung mehr zu einem Kommunismus oder einem Neomarxismus, der auf einem Geschichtsdeterminismus und auf ein anti-kapitalistisches Ordnungsbild dogmatisch festgelegt ist. Sie führt aber in gleichem Maße zu einer ausdrücklichen Distanzierung von jedem ordnungspolitischen Liberalismus, der glaubt, die Frage nach der bestmöglichen Ordnung unserer modernen Wirtschaftsgesellschaft sei bereits entschieden oder überhaupt ein für allemal entscheidbar. So können wir die Konzeption des Freiheitlichen Sozialismus zunächst einmal gegen Marxismus und Wirtschaftsliberalismus abgrenzen. Der Freiheitliche Sozialismus ist im Gegensatz zu diesen heute noch immer dogmatischen Positionen grundsätzlich offen gegenüber Ordnungsformen und Ordnungssystemen. Dies bedeutet nicht, daß er sich in bezug auf eine gegebene Situation nicht zu einer sinnvoll erscheinenden Kombination bestimmter Ordnungsformen, bestimmter wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Maßnahmen bekennen will und bekennen muß.

Eine solche Grundposition verlangt nicht nur Aktivität im praktischen Handeln, sondern ebenso sehr ständige selbstkritische Überprüfung, ob man mit seinen alten Ordnungsvorstellungen und den sich ergebenden Aktionsprogrammen in einer sich ständig wandelnden Umwelt überhaupt auf dem rechten Weg ist. Gerade wenn man die ideologische Hybris einer liberalistischen und marxistischen Orthodoxie, die noch weitgehend in der Welt des 19. Jahrhunderts lebt und die ewige Wahrheit in einem Patentrezept zu besitzen glaubt, aufgegeben hat, kommt man um Dauerreflexionen nicht herum, muß man vor allem das Bild, das man sich von sich selbst und seiner Umwelt macht, immer wieder auf seine Stichhaltigkeit hin überprüfen, und gleichzeitig steht man als politisch gestalten wollender freiheitlicher Sozialist vor der Frage, wie man seinen eigenen Realismus seinen Mitmenschen, die man ja überzeugen und mitreißen muß, schmackhaft machen kann.

Freiheitlicher Sozialismus ist Nonkonformismus

Dementsprechend läßt sich der Freiheitliche Sozialismus fünffach kennzeichnen:

1. Der Freiheitliche Sozialismus bekennt sich zu den Werten der abendländischen Kultur. Dazu gehört, daß der einzelne Mensch ein Wert in sich ist, daß er aber ohne Gemeinschaft nicht zum vollen Menschen werden kann und daß er dementsprechend die sozialen Verhältnisse zum Besseren ändern kann und soll.
2. Er anerkennt die demokratische Methode als die für uns beste, um die öffentlichen Dinge zu regeln und auch um dem, was die geschichtliche Situation verlangt, auf die Spur zu kommen. Das erfordert allerdings eine Absage an eine „Gefälligkeitsdemokratie“, welche Politik als eine Kunst der Politiker auffaßt, im Macht- und Meinungskampf um die Wählerstimmen den Weg des möglichst geringen Widerstandes zu gehen. Es verlangt außerdem, gesellschaftliche Bereiche bzw. Funktionen nur so weit zu demokratisieren, als von den betroffenen Gruppen die Mitbestimmungsrechte als Verantwortungspflichten aufgefaßt und die Verantwortlichkeiten nicht durch Kollektivierung verwischt oder praktisch aufgehoben werden.
3. Der Freiheitliche Sozialismus hält eine Dauerreflexion über den zeitgemäßen Wandel gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Institutionen für notwendig, ohne sich von einem modischen Progressivismus weismachen zu lassen, daß jede Änderung mit Fortschritt und jede extreme Änderung mit extremem Fortschritt gleichzusetzen ist.
4. Er ist ständig bemüht, im Machtkampf der Meinungen über eine sinnvolle Ordnungspolitik mittel- und langfristigen Zielsetzungen genügenden Raum zu geben, d. h. — negativ formuliert — nicht ständig einem der Gefälligkeitsdemokratie gemäßen kurzfristigen machtpolitischen Pragmatismus zu erliegen.
5. Für den Freiheitlichen Sozialismus stellen diese vier genannten Kennzeichen eine Einheit dar. D. h. man kann nicht eines auslassen, ohne auf die Dauer auch die anderen zu gefährden oder sie in ihrer Wirkung fragwürdig werden zu lassen.

Diese Kennzeichnung läßt deutlich werden, daß es zwar einfach ist, den Freiheitlichen Sozialismus gegenüber dogmatisch verhärteten Ideologien abzugrenzen, daß dies aber anderen Auffassungen gegenüber, die ähnliche Grundpositionen annehmen, sehr viel schwieriger, wenn nicht gar unmöglich ist. Menschen, welche die soeben umschriebene Grundposition einnehmen, die — wie

man gelegentlich zu sagen pflegt – „guten Willens sind“ und auch überwiegend danach handeln, sind sicherlich nicht ausschließlich in bestimmten Gruppen oder Parteien oder Bewegungen, auch sicherlich nicht nur unter den Anhängern des Freiheitlichen Sozialismus zu finden. Wir finden sie vielmehr überall, wo ein freiheitlich geordnetes Gemeinschaftsleben ohne Illusionen über die Schwierigkeiten seiner praktischen Durchführung gewollt wird. Wenn allerdings die Zahl derjenigen heute noch gering ist und in den letzten Jahren immer geringer zu werden scheint, die wirklich alle Kennzeichen jener Grundposition bejahen und praktizieren, so liegt das daran, daß wir mit unserer politischen Bildung und Erziehung unter den Einfluß eines libertinen, individualistischen Trends, der zunächst kommerzialistische, später politisch-anarchistische Züge erkennen ließ, immer stärker in Rückstand zum gesellschaftlich Notwendigen geraten sind.

Daß sich auch heute (noch oder schon) Menschen jenseits machtpolitischer und wirtschaftlicher Interessengegensätze und jenseits sonstiger Voreingenommenheiten mit jener sachlichen, gemeinschaftsbezogenen Grundeinstellung finden lassen, das gibt Hoffnung, daß sich eines Tages eine Versachlichung des Machtkampfes der Meinungen durchsetzen läßt.

Der Freiheitliche Sozialismus kann aufgrund geschichtlicher Erfahrung nicht mehr wie der Marxismus davon ausgehen, daß mit dem Sieg des sog. Arbeiterproletariats die Frage nach der richtigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung im einseitig antikapitalistischen Sinne und dafür ein für allemal ihre Lösung finden wird. So muß er seinen Appell nicht an die – wie immer zu definierende – Arbeiterklasse, sondern an das ganze Volk richten. Er kann daher nicht die Idee einer Klassenpartei, sondern nur die einer Volkspartei sein!

Aber noch in einem anderen Punkt muß sich der Freiheitliche Sozialismus sowohl vom geschichtsgläubigen Marxismus als auch vom Laissez-Faire-Liberalismus unterscheiden. Seine Anhänger dürfen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen und mit ihnen in Wechselwirkung stehenden Massenverhalten nicht ohne weiteres nachgeben, jedenfalls dann nicht, wenn solche einseitigen Zeitströmungen die Zielsetzungen eines Freiheitlichen Sozialismus gefährden. In einer modernen demokratischen Massengesellschaft kann sich Nonkonformismus nicht nur darauf beschränken, gegen eine kurzfristige Politik mächtiger Gruppen oder Personen zu opponieren. Dazu gehört außerdem der Kampf gegen Tabus, die den Blick auf die Wirklichkeit verdunkeln, oder

gegen den Konformismus der großen Zahl oder den destruktiven Nonkonformismus emotionalisierter und emotionalisierender Minderheiten, die uns daran hindern, mit unseren Zukunftsaufgaben fertig zu werden.

„Konstruktiver unorthodoxer Nonkonformismus“ ist wohl die geeignete Bezeichnung, mit der sich eine solche oppositionelle Haltung, die aus der freiheitlich sozialistischen Konzeption erwachsen muß, kennzeichnen läßt.

Moralzehrer „Marktwirtschaft“

Vergleichen wir unsere gesellschaftliche Situation von heute mit der des 19. Jahrhunderts, so ist sicherlich ein deutlicher Trend zur „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ festzustellen. D. h. die Klassengegensätze haben sich in Gruppengegensätze einer „pluralistischen Gesellschaft“ aufgelöst, in der die Gruppen in die verschiedensten Frontstellungen zueinander geraten können. Der Vorteil gemilderter, wenn auch vielseitiger sozialer Gegensätze ist nach dem Zweiten Weltkrieg jedoch damit erkauft worden, daß nun alle an der gleichen Krankheit des konformistischen Wettkampfes um steigende Einkommen und steigenden Lebensstandard zu leiden begannen. Der Schock, den die Staatsgläubigkeit faschistischer und kommunistischer Herkunft verursacht hatte, die Erinnerung daran, wie sehr in den totalitären Systemen die Opferbereitschaft der Menschen für ein dubioses oder illusionäres Gemeinwohl überstrapaziert und mißbraucht worden war, mußte in den letzten beiden Jahrzehnten in der westlichen Welt und insbesondere in der Bundesrepublik zu einer Renaissance des Individualismus und Kommerzialisierung führen.

Zwar hatte der kommerzialistische Geist eines „sozial temperierten Spätkapitalismus“ in der Bundesrepublik beim wirtschaftlichen Aufbau zu beachtlichen Leistungen befähigt. Er hatte aber auch wichtige Bedingungen eines dauerhaften wirtschaftlichen Wachstums und einer stabilen Gesellschaft übersehen lassen. Gerade durch seinen äußerlich sichtbaren materiellen Erfolg deformierte er allmählich das Sozialbewußtsein der Bundesbürger immer weiter, um schließlich den Leistungswillen selbst zu mindern, dessen starke Antriebskraft er ursprünglich gewesen war. Denn je mehr der wirtschaftliche Erfolg und der steigende Lebensstandard eine Selbstverständlichkeit zu sein schienen, desto geringer wurde die Bereitschaft, noch etwas für sie zu tun.

Das westdeutsche Wirtschaftswunder hat, wie viele allzu intensive Zeiterlebnisse früher auch, höchst zweifelhafte Wirkungen hervorgerufen: Die

ältere Generation hat es durch den einseitigen Eindruck geprägt, daß allein der materielle Wiederaufbau einer zerstörten Wirtschaft und die Freude einer damit einhergehenden Konsumsteigerung schon ein Leben ausfüllen und erfüllen können. Der jüngeren Generation, die während des Wiederaufbaus aufgewachsen war, die bereits in jungen Jahren als saturierte Bürger am steigenden Konsum teilnahm und für die hoher Lebensstandard eine Selbstverständlichkeit wurde, schien dies ein total vernachlässigungswertes Ziel zu sein.

Zweifellos war es notwendig, sich nach dem Kriege wieder auf die Vorzüge von Markt- und privater Unternehmerwirtschaft als wachstumsfördernde Institutionen einer industriellen Gesellschaft zu besinnen. Doch war es falsch, die Mängel der Marktwirtschaft nicht von vornherein mit einzukalkulieren. Der größte Fehler aber war, nicht zu beachten, daß sich durch diese Institution zwar der Eigennutz der Menschen mächtig anfeuern und in wirtschaftlich produktive Kanäle lenken läßt, daß dadurch gleichzeitig aber der soziale Zusammenhalt gefährdet wird. Denn in einer konsumgesteuerten Marktwirtschaft, in der der Staat sich überwiegend auf eine Vollbeschäftigungspolitik konzentriert, entsteht ein Wettlauf nach Gütern, die häufig kaum mehr als private Annehmlichkeiten des Augenblicks garantieren. Jeder will das Neue haben, weil der Nachbar es schon hat oder morgen haben wird und weil er glaubt, daß durch den Lebensstandard sein persönlicher Wert und seine Tüchtigkeit vor sich selbst und vor anderen Bestätigung finden. Nur wenige fragen dann noch, ob Lebensstandard und Einkommen überhaupt zuverlässige Maßstäbe für ihren sozialen Leistungsbeitrag, für ihr kulturelles Niveau oder für sonstige Werte sind.

Auf diese Weise geht allmählich jeder Gemeinsinn verloren. Es schwindet z. B. das Bewußtsein, daß wir in unserer arbeitsteiligen Gesellschaft alle aufeinander angewiesen sind, daß hier die Einkommensverteilung mehr oder weniger unabhängig vom Leistungsbeitrag des einzelnen macht- oder zufallsbestimmt ist. Es schwindet das Verständnis dafür, weshalb die Bedarfsdeckung auf diese Weise allzu langfristige und für die Gesamtheit relevante Zielsetzungen derart vernachlässigen muß, daß auf die Dauer auch die individuellen Interessen ernsthaft gefährdet werden.

Dies zeigt, daß die Marktwirtschaft nur der einen Seite des zwiefältigen Wesens des Menschen gerecht wird. Die andere Seite aber bleibt unbefriedigt und verkümmert. Die Menschen wollen nicht nur bei ihrem Eigennutz gepackt werden,

sie brauchen auch überpersönliche Ziele, von denen sie gefordert werden und für die sie leben können. Solche Bedürfnisse sind bei den einzelnen Menschen sicherlich unterschiedlich entwickelt. Aber es bekommt dem Gemeinschaftsleben schlecht, wenn die Sozial- und Wirtschaftsordnung allzusehr den egoistischen Typus begünstigt und den altruistischen Typus benachteiligt. Der begünstigte Typus und seine Mentalität werden sich in der Gemeinschaft durchsetzen und ihren Umgangstil bestimmen. Dies um so mehr, als die meisten Menschen an beiden Typen teilhaben und ihre altruistischen Motive verkümmern müssen, wenn sie im Gemeinwesen keine Chance der Bestätigung und der Anerkennung durch ein entsprechendes allgemein anerkanntes Vorbild finden.

Gelenkte Marktwirtschaft mit politisch gebildeten Menschen

Daraus geht hervor, daß ein enger Kontakt zwischen Neoliberalismus und Freiheitlichem Sozialismus, wie er sich in den fünfziger Jahren zeitweilig in intellektuellen Kreisen anzubahnen schien und wie er auch seinen Widerschein in der Wirtschaftspolitik der Parteien fand, nicht möglich ist. Denn der Grundgedanke des Freiheitlichen Sozialismus muß sein, die Menschen durch „die Umstände“ — d. h. auch durch die Wirtschaftsordnung — menschlich zu bilden. Daraus folgt, die Ordnungsmittel müssen nach Möglichkeit so gewählt werden, daß sie dem Menschen zwar als Einzelwesen seine Chance zur Selbstbestätigung und Selbstverwirklichung lassen, ihn dabei aber gleichzeitig als Gemeinschaftswesen ansprechen, damit beide Seiten seines Wesens zum Zuge kommen können. Denn der Prozeß der Persönlichkeitswerdung besteht darin, daß sich der einzelne gestaltend mit seiner Umwelt auseinandersetzt, daß er seine Umwelt so umfassend wie möglich versteht, um teils sich ihr anzupassen, teils sie nach einem in der Auseinandersetzung mit ihr gewonnenen Leitbild umzuformen. Das ist nur möglich, soweit die Menschen subjektiv und objektiv in den Stand gesetzt werden, sich an den öffentlichen Dingen zu beteiligen. „Subjektiv in den Stand gesetzt werden“ heißt, dazu bewußt erzogen und gebildet werden, „objektiv“ heißt, daß die Anonymität des öffentlichen Lebens sowohl im politischen als auch im wirtschaftlichen Bereich soweit wie irgend möglich aufgelockert wird.

Es gibt nirgends mehr Anonymität als in einer sich selbst überlassenen Marktwirtschaft oder in einem allumfassenden zentralistisch planwirtschaftlichen Bürokratismus. Daraus folgt, daß für

den Freiheitlichen Sozialismus „Marktwirtschaft oder Planwirtschaft“ falsche Alternativen sind, weil beide in einseitiger Verwirklichung gleichermaßen ungeeignet sind, individuellen Freiheitspielraum und persönliche Initiative mit notwendigen Zielsetzungen des Gemeinwesens zu vereinbaren. Ähnliches gilt für die Alternative „Privateigentum oder Gemeineigentum“. Wer an diesen Alternativen noch hängt, der hat nichts gelernt aus dem 19. Jahrhundert und schon gar nichts aus dem 20. Die westliche Welt bemüht sich seit Jahrzehnten in zunehmendem Maße bewußt, eine gelenkte Marktwirtschaft als eine gemischte Ordnung zu konstituieren. Auch die „Soziale Marktwirtschaft“ ist ein solcher Kompromiß. Aber sie ist ein schlechter Kompromiß, weil unsere Wirtschaftspolitiker aus dogmatischer Voreingenommenheit immer nur markt- oder privatwirtschaftliche Mittel mit gutem Gewissen, die anderen nur mit bösem Gewissen einsetzen. So konnte schon von dieser Grundhaltung her keine optimale Lösung dabei herauskommen.

Freie Marktwirtschaft ist nur da sinnvoll, wo sie zu keinem groben Machtmißbrauch führen kann. Diese Gefahr ist nicht nur bei einer monopolähnlichen Situation gegeben, sondern überall dort, wo ein Marktpartner der weitaus Schwächere ist. Bei den heutigen Verhältnissen hat es auch keinen Sinn, dem Machtübergewicht eines Marktpartners mit moralischen Appellen gegensteuern zu wollen, da sich schon allzuoft erwiesen hat, daß auf die Dauer die Grenzmoral das Verhalten bestimmt, wenn keine handgreiflichen Nachteile damit verbunden sind und keiner der Beteiligten recht erkennen kann, wo sein Machtmißbrauch, etwa bei Lohn- oder Preissteigerungen, anfängt. Solche moralischen Appelle sind um so unsinniger, wenn sie an Menschen gerichtet sind, die nichts oder fast nichts davon verstehen, was in Wirtschaft und Politik eigentlich vor sich geht und was mit Recht oder Unrecht von ihnen erwartet wird.

Dies macht schon deutlich, weshalb es mit „den Umständen“, den Institutionen, den wirtschaftspolitischen Mitteln allein nicht getan ist. Zwar üben sie Einfluß auf das Verhalten der Menschen aus, aber welchen Einfluß sie ausüben, ist selten allein durch die Ordnung und Struktur der Gesellschaft bestimmt. Oder schärfer formuliert: Die Anonymität der gesellschaftlichen Apparaturen und die wenn nicht unausweichlichen, so doch schwer korrigierbaren Bedingungen wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Prozesse, so wie sie sich aus der modernen arbeitsteiligen Wohlstandsgesellschaft ergeben – ob nun unter kapitalistischem oder sozialistischem Vorzeichen –, bewirken von sich aus keine Menschlichkeit im Sinne von mit-

menschlicher Anteilnahme, eher das Gegenteil. Dagegen setzen sie Menschlichkeit voraus. Auch eine anarchistische Gesellschaft würde die Ansprüche, die an eine bereits vorhandene soziale Bereitschaft der Menschen gestellt werden, nicht vermindern, sondern geradezu ins Unbegrenzte steigern. So bleibt die Soziabilität des Menschen gerade in der modernen Gesellschaft eine besondere Erziehungsaufgabe, die besonderer pädagogischer Anstrengungen bedarf. Es wird daher alles darauf ankommen, ob wir in den nächsten Jahrzehnten die gefährliche Zeitlücke schließen können, die zwischen der sozialen Wirklichkeit und den Bildungsmethoden und -gehalten unserer Schulen und Hochschulen und unserer Massenmedien klafft.

Anknüpfungspunkte einer sinnvollen Bildungskonzeption

Eine sinnvolle Konzeption für Bildung und Erziehung, die diese Lücke schließen will, muß unter Minimierung ideologischer Voreingenommenheiten bei den Eigentümlichkeiten des Menschen und seiner Situation in der modernen Gesellschaft anknüpfen. Diese Anknüpfungspunkte lassen sich kurz folgendermaßen kennzeichnen:

Der Mensch als das seiner Wesensart nach ständig wünschende und vor sich und anderen sich rechtfertigende und um Ansehen bemühte Wesen, sieht sich in eine zunehmend außengeleitete Wirtschaftsgesellschaft gestellt, die er immer weniger aus seiner begrenzten individuellen Primärerfahrung heraus verstehen kann und auf deren Umgestaltung er, selbst wenn er sie verstünde, als einzelner überhaupt keinen unmittelbaren Einfluß hat.²⁾

Aus dieser Kennzeichnung der menschlichen Situation in unserer Zeit ergibt sich die politische Bildungsaufgabe. Sie läßt sich in folgende 4 Punkte aufgliedern:

1. Der moderne Staats- und Wirtschaftsbürger muß das Wesentliche der Zusammenhänge, der gegenseitigen Abhängigkeiten und Notwendigkeiten verstehen, durch das unsere moderne Wirtschaftsgesellschaft in ihrer Existenz und ihrer ständigen Wandlung charakterisiert ist.
2. Er braucht dieses Verständnis, weil er nur mit seiner Hilfe die Argumente im politischen und ökonomischen Macht- und Meinungskampf auf ihre Stichhaltigkeit hin kontrollieren und erkennen

2) Ausführlicher zur Wesensart des Menschen und seinen Orientierungsschwierigkeiten in der modernen Gesellschaft vgl. H.-D. Ortlieb: Die verantwortungslose Gesellschaft oder wie man die Demokratie verspielt, München 1971, S. 14 ff. und 19 ff.

kann, vor welche Zielalternativen er in einer gegebenen Situation gestellt ist.

3. Er braucht dieses Verständnis, um sein Wunschen zähmen und rationalisieren, d. h. auf die realen Möglichkeiten und Notwendigkeiten hin abstimmen zu können.

4. Er braucht dieses Verständnis, um wenigstens Anhaltspunkte darüber zu gewinnen, ob überpersönliche Ziele, Leitbilder oder Ideen, denen er folgen will, nicht in die Irre führen.

Für das Vorhaben des Freiheitlichen Sozialismus wird alles davon abhängen, ob es gelingt, die politische Bildungsaufgabe zu bewältigen. Dies wird nur möglich sein, wenn man sich von ideologischen Vereinfachungen der sozialen Wirklichkeit freihält und nicht in die unfruchtbare Alternative „Kapitalismus oder antikapitalistischer Sozialismus“ zurückfällt. Die Selbstentfremdung des Menschen, von der der junge Marx sprach, ist ja keine Folge ausschließlich der Marktwirtschaft oder des Privateigentums, sondern jeder modernen Wirtschaftsgesellschaft und dort wiederum besonders des allumfassenden und unvermeidlichen Spezialisierungsprozesses, der in doppelter Richtung wirkt. Einmal macht er die sozialökonomische Welt immer vielschichtiger und unübersichtlicher, und gleichzeitig macht er die Menschen immer spezialistischer erfahren und ausgebildet. Das kann nur durch einen Integrationsprozeß von der Bildungsseite her ausgeglichen werden.³⁾

Freiheitlicher Sozialismus ist eine Haltung und kein Rezept

Da Menschen nun einmal eine Vorliebe für ein Patentrezept haben, das ihnen einfache und jederzeit anwendbare Richtlinien setzt, wird es meist als ein Mangel empfunden, daß der Freiheitliche Sozialismus kein geschlossenes und allgemeingültiges Bild von einer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung und keine eindeutig auszumachenden Gegner oder Feinde, die jede Bewegung als irrationale Anziehungskraft braucht, zu bieten hat. Ein solcher Mangel ist nicht zufällig. Wenn eine sich ständig wandelnde Welt bestmöglich gestaltet werden soll, so eignet sich dafür kein feststehendes Ordnungsmodell. Wozu eine Modellutopie führen muß, das zeigt das Schicksal des Neoliberalismus und die destruktiven Wirkungen des Neomarxismus.

Der Freiheitliche Sozialismus ist kein Rezept, sondern eine Haltung, die hier mit „konstruktivem Nonkonformismus“ umschrieben worden ist.

Soweit ihm ein Leitbild entspricht, kann es sich nicht auf eine festgelegte Ordnung, sondern muß es sich auf eine bestimmte Haltung beziehen, mit der man an die praktischen Antworten herangeht, welche auf die geschichtliche Situation jeweils gegeben werden müssen. Dabei muß man sich in erster Linie fähig zeigen, eine zeitgemäße Rangordnung von Zielen zu setzen. Bei der Aufstellung einer solchen Rangordnung muß der Freiheitliche Sozialismus von dem ausgehen, was seit jeher sozialistisches Anliegen gewesen ist: vom Gedanken der über Gruppeninteressen hinausgehenden Solidarität der Menschen, von der Beseitigung der Not der Schwachen, von der Verhinderung des Machtmißbrauchs der Starken, nicht zuletzt aber von der Erziehung der Menschen zur Teilnahme am Gemeinschaftsleben, das alle mittragen müssen, wenn alle von ihm getragen werden wollen.

Gerade der letzte Punkt wird zum Hauptpunkt in der heutigen libertinen Massengesellschaft der westlichen Welt, in welcher die Gefahr sich abzuzeichnen beginnt, daß alle versuchen, alle auszu-beuten, indem sie sich jeder Kontrolle und jedem Zwang zu entziehen suchen.

Zeitgegebene Aufgaben

Von diesem Ausgangspunkt her stehen heute folgende sieben Teilziele gleichwertig nebeneinander:

1. Sicherung eines Lebensstandards für alle, der echte Existenznot beseitigt und annähernd gleiche Bildungs- und Aufstiegschancen gewährt. Dafür ist bisher zu viel auf dem Wege der privaten Einkommenssteigerung und zu wenig durch eine Verbesserung öffentlicher Einrichtungen getan worden.
2. Dementsprechend Konzentration auf die öffentlichen Ausgaben, soweit sie für die Zukunft auch jedes einzelnen und seiner Nachkommen wichtiger sind als die weitere Steigerung der Privateinkommen.
3. Erfüllung der Verpflichtungen, die wir aus dem Solidaritätsgedanken heraus auch den Schwachen im weltweiten Rahmen gegenüber haben, nämlich den Entwicklungsländern.
4. Kontrolle des Gebrauchs von Macht in allen ihren Formen. Dazu gehört auch die Bekämpfung jener Demagogen, welche die unvernünftigen Wünsche und die Voreingenommenheiten von Gruppen (häufig unter dem Vorwand, Macht kontrollieren oder abbauen zu wollen) für ihre persönlichen Machtzwecke mißbrauchen.
5. Bekenntnis zur freiheitlichen und demokratischen Ordnung unseres wirtschaftlichen und poli-

³⁾ Vgl. Heinz-Dietrich Ortlieb: Die verantwortungslose Gesellschaft, a. a. O., S. 60 ff.

tischen Lebens, was jedoch kein Bekenntnis zur unbegrenzten Konsum- und Investitionsfreiheit und zur unbegrenzten Mitbestimmung in allen gesellschaftlichen Bereichen einschließen kann, wenn diese Unbegrenztheiten es unmöglich machen, mit den Zukunftsaufgaben fertig zu werden, weil die Gesellschaft dadurch entscheidungsunfähig wird.

6. Änderung unseres Bildungssystems, in dessen Mittelpunkt eine möglichst ideologiefreie Erziehung und Ausbildung zu einem demokratischen Gemeinschaftsleben stehen muß, ohne daß dadurch die spezielle berufliche Ausbildung des einzelnen zur Übernahme bestimmter gesellschaftlicher Teilfunktionen zu kurz kommt und ohne daß es dem einzelnen überlassen bleibt, wieviel Zeit er sich für die Ausbildung nimmt und wieviel Kosten er der Gesellschaft verursacht.

7. Sicherung und Vermehrung der Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft, da ohne diese die vielfältigen Aufgaben für unser Volk und für die Welt nicht lösbar sind.

Einkommens- und Vermögensverteilung?

Es fällt auf, daß unter den genannten sieben vorranglichen Zielen das Ziel „Gerechtere Einkommens- und Vermögensverteilung“, ein offenbar ureigenes Ziel des Sozialismus, fehlt. Dazu ist folgendes zu sagen.

Einmal ist dieses Ziel mittelbar in den ersten drei genannten Punkten angesprochen: bei der Beseitigung jeder Existenznot, bei der Konzentration auf vernachlässigte öffentliche Aufgaben und bei der Entwicklungshilfe. Hier geht es nicht zuletzt um gerechtere Einkommensverteilung und bessere Versorgung der weniger Begüterten.

Zum anderen ist zu beachten, daß gerade das Ziel der nivellierten Einkommens- und Vermögensverteilung besonders leicht mit den anderen genannten Hauptzielen in Konflikt geraten kann und diesen gegenüber mit Rücksicht auf die Anforderungen, die unsere Zeitsituation stellt, zurücktreten muß. So kann dieses Ziel im kommenden Jahrzehnt nur zu der Vielzahl anderer Ziele gehören, die Beachtung finden müssen, wenn sie Bedingungen für die Hauptziele sind, und die Beachtung finden können, soweit sie mit den Hauptzielen nicht in Widerspruch geraten.

Das schließt nicht aus, daß nach wie vor eine Steuerreform überfällig ist, die jene Vergünstigungen beseitigt, die in der Praxis doch nur den Reichen zugute kommen und sogar häufig einen Verschwendungskonsum anregen.

Unter den gegenwärtigen Verhältnissen liegt die Hauptproblematik des Verteilungsproblems übr-

gens nicht darin, ob man die Einkommens- und Vermögensverteilung mehr oder weniger nivellieren kann, sondern wie sich eine private Einkommens- und Konsumsteigerung über das existenziell und kulturell Vernünftige hinaus zügeln läßt. Die Gefahr einer starken Einkommens- und Vermögensdifferenzierung liegt weniger in der möglichen Machtkonzentration aus privaten Großvermögen als in der wachsenden Konsumsteigerung gerade auch der begüterten Schichten.

Schon Anfang der sechziger Jahre glaubten wir warnen zu müssen: „Wenn in den nächsten Jahren und Jahrzehnten die Ansprüche weiterwachsen, welche die öffentlichen Aufgaben und Ausgaben an den Staat stellen, dann werden wir andere Sorgen haben als die, wie wir das Interesse bei unseren unteren Einkommensschichten am Wertpapiersparen wecken können. Dann wird es darum gehen, akzeptabel zu machen, daß die Zuwächse des Nationaleinkommens nicht mehr für eine Steigerung des privaten Lebensstandards verwendet werden können.“

Das wird bei der Mentalität schwierig sein, die die Wirtschaftspolitik unserer eigenen Regierung in den vergangenen Jahren bei unseren Bundesbürgern gefördert hat. Das wird besonders schwierig sein, wenn diejenigen, in deren Händen heute die größeren Einkommen und Vermögen liegen, in Zukunft nicht mit dem guten Beispiel eines zurückhaltenden Lebensstandards vorangehen. In unserer außergeleiteten Wirtschaftsgesellschaft bestimmen wie in jeder Gesellschaft die Eliten den Lebensstil und prägen durch ihr Beispiel das Verhalten der Massen. Und in einer egalitären Konsumgesellschaft wie der unseren sind nun einmal die Konsum- und Einkommenseliten bestimmend. Sie geben das Beispiel, dem die unteren Einkommensschichten nacheifern... Daher werden wir in Zukunft nicht vor der Frage stehen, ob wir den Besitzinstinkt der breiten Massen wecken oder ob wir diesen Instinkt von den Konsumgütern auf die Produktivgüter umlenken können; vielmehr werden wir vor dem Problem stehen, wie wir unsere Mitbürger zu einem größeren sozialen und politischen Verantwortungsbewußtsein bringen und Wertvorstellungen wecken können, die ganz andere sind als diejenigen, die unsere Konsumgesellschaft im letzten Jahrzehnt zur Entfaltung gebracht hat“⁴⁾.

Gefahr der Fehlentscheidungen

Nicht ohne Grund sind Sozialreformer bei ihren Bemühungen immer wieder zu dem Schluß gekommen, einen „neuen Menschen“ verlangen zu müssen, wobei die einen utopisch diesen neuen

⁴⁾ Heinz-Dietrich Ortlieb: Die Legende vom Volkskapitalismus, Berlin 1963, S. 52 f.

Menschen als selbstverständliches Abfallprodukt ihrer Totalreformen ansehen, während die anderen illusionlos die Schwierigkeiten einer Umerziehung erkannten und daher sehr viel verhaltener in ihren Reformvorstellungen bleiben mußten. Diese anderen wußten nur zu genau, daß die Menschen in der modernen Gesellschaft mit ihren undurchsichtigen Strukturen und raschen Veränderungen sich in einer noch viel schwierigeren Situation befinden als frühere Generationen⁵⁾.

Die technische Leistungsfähigkeit der Industriegesellschaft ruft selbst bei intelligenten Menschen immer wieder gefährliche optische Täuschungen hervor. Sie entwickelt nämlich den Eindruck, als sei in Zukunft alles Denkbare möglich und als könne ein beliebiges Verhalten der Menschen keinerlei existenzgefährdende Folgen haben. Das ist wohl einer der Hauptgründe für das neuerliche Wiederentstehen utopischer Wunschträume, mögen sie nun nach persönlichem Vorteil und Geschmack mehr konservativ auf eine Beharrung im status quo oder progressiv auf möglichst viel Veränderung ausgerichtet sein. Doch ist gerade die moderne arbeitsteilige Wirtschaftsgesellschaft viel stärker auf die Beachtung ihrer organisatorischen Bedingungen und viel mehr auf Kooperationsbereitschaft und auf Einhaltung von Spielregeln als frühere Gesellschaften auf die Dauer angewiesen, und dies insbesondere dann, wenn die zukünftige Entwicklung zielgerecht gestaltet werden und nicht dem Zufallsergebnis der Macht- und Interessenkämpfe überlassen bleiben soll.

Selbstverständlich war es in den fünfziger Jahren eine auf längere Sicht existenzgefährdende Illusion, zu glauben, man käme um tiefgreifende Änderungen in unserer Gesellschaft herum und könne ihren gegenwärtigen Institutions- und Organisationsformen Ewigkeitswerte zuerkennen. Daher wäre an sich gegen die Forderung nach „systemändernden Reformen“ nichts einzuwenden, wenn man nicht ins entgegengesetzte Extrem verfallen wollte und wenn man mit einer solchen Absicht im Auge behielte, daß in unserer industriellen Welt nicht alles Vorhandene umgestürzt werden kann, um die neue Gesellschaft auf einer Tabula rasa neu aufzubauen, sondern daß Reformen nur in Gestalt eines allmählichen Umbaus der alten Strukturen und Ordnungsformen möglich sind und daß man dabei überdies die jeweils vorherrschende Mentalität der Menschen mit in Rechnung stellen muß. Bereits ein einzelnes unüberlegtes Telexperiment, das zu einer kostspieligen Fehlreform führt, wird immer Rückschritt bedeuten, oder glaubt jemand im Ernst, wir könnten uns Experimente leisten, die unsere arbeitsteilige Wirtschaftsgesellschaft immer unübersicht-

licher machten, die Menschen immer mehr gegeneinander aufbrächten und unser Sozialprodukt immer stärker absinken ließen, so daß die Reformen schließlich nur noch mit Hilfe eines rücksichtslosen Terrors aufrechterhalten werden könnten? Von individueller Freiheit bliebe dann nichts mehr übrig. Und dies wäre ganz besonders dann der Fall, wenn man rigoros und von heute auf morgen an eine radikale Revision der Einkommens- und Vermögensverteilung herangehen würde.

Andererseits werden auch Anpassungsreformen, welche sich an der realen Entwicklung in Wissenschaft, Technik und Wirtschaft orientieren, vor den derzeitigen gesellschaftlichen Institutionen nicht haltmachen können. Auch sie werden in unserem heutigen Ordnungssystem früher oder später verändert werden müssen. Wir werden allerdings zu solchen Reformen nicht fähig sein, wenn wir auch heute noch in einem überholten Alternativdenken „Kapitalismus oder Kommunismus“, wie es im 19. Jahrhundert üblich wurde, hängenbleiben. Vielmehr werden uns solche Reformen erst dann gelingen, wenn wir uns auf die real gegebenen Aufgaben, ihre Wechselbeziehungen und Abstimmungen aufeinander konzentrieren und uns dabei etwas Neues einfallen lassen.

Für eine solche Aufgabenstellung bringt die individualistische Mentalität der heutigen Bundesbürger weder in ihrer kommerziell materialistischen noch in ihrer anarchistisch idealistischen Gestalt besonders gute Voraussetzungen mit. Vielmehr droht die Gefahr, daß bei der vorherrschenden Neigung, Freiheit als ein individuelles Recht zu beliebigem Tun aufzufassen, die Ausweitung der Mitbestimmung in Wirtschaft und Gesellschaft, das wichtigste Vorhaben des 20. Jahrhunderts, ad absurdum geführt wird, weil die wenigsten begreifen wollen oder können, daß Mitbestimmung nur als Mitverantwortung verstanden realisierbar sein kann. Es spricht vieles dafür, daß gerade infolge des unheilvollen Mentalitätswandels unter dem Einfluß der Wirtschaftswunderjahre unsere Gesellschaft keineswegs eine für jene Idee mündige Gesellschaft geworden ist.

Wenn man neuerdings emotionales Engagement von Minderheiten als ausreichenden Ersatz für sachgerechtes Engagement von Mehrheiten ansieht, so wird man weder der schweigenden, meist nach wie vor unpolitischen Mehrheit, noch jener Minderheit gerecht, die lautstark anarchistische Ansprüche erhebt. Denn gerade diese Minderheit pflegt die Pflicht, eine Verantwortlichkeit für alles zu übernehmen, mit dem Recht zu verbinden, sich im persönlichen Bereich ihren Pflichten und der Beachtung geltender Spielregeln um jener höheren Verantwortung willen entziehen zu dürfen, was dann jeder nach eige-

⁵⁾ Vgl. Heinz-Dietrich Ortlieb: Die verantwortungslose Gesellschaft, a. a. O., S. 139 ff., außerdem S. 19 ff. und 134 ff.

nem Gutdünken, nach eigener Bequemlichkeit und Neigung ausiegen kann. Auf diese Weise müssen aber alle Verantwortlichkeiten verschwinden oder sich verwischen; und es bietet sich die Koalition zwischen den politischen Ideologen und den unpolitischen Faulen an, was keiner Gesellschaft bekömmlich ist.

Wenn wir den Freiheitlichen Sozialismus mit unorthodoxem konstruktivem Nonkonformismus bezeichnet und ihn einer bestimmten Haltung zugeordnet haben, so steht er in erster Linie zu alledem in Widerspruch, was mit Kommerzialisierung, Libertinismus oder Anarchismus umschrieben werden könnte, sofern solche Haltungen und Prinzipien allgemeingültige oder auch nur vorherrschende Leitbilder unserer Gesellschaft sind oder werden sollen. Wohl können gewisse gesellschaftliche Lebensbereiche kommerzialistisch geregelt werden. Das gilt aus Effizienzgründen für die meisten Wirtschaftszweige. Auch können Spielräume der Freiheit gewährt werden, in denen die individuelle Freiheit im libertinen Sinne eines beliebigen Tun-und-Lassen-Könnens ausgelebt wird,

sofern dies nicht zu Zwängen und Leiden für andere führt. Doch dürften gerade Sozialisten nicht vergessen, daß der Sozialismus stets ein Feind derer war, die auf Kosten der Gesellschaft lebten. Dazu gehörten die arbeitslosen Reichen, das gammelnde Lumpenproletariat und jene intellektuellen, die Kritik um ihrer selbst willen trieben oder humanistische Ziele vorwandten, um ihre fixen Ideen bekannt und dadurch selbst Karriere zu machen. Und schließlich muß sogar das anarchistische Leitbild der Herrschaftslosigkeit so weit Anerkennung finden, als Menschen fähig und willens sind, Mitverantwortung zu tragen und mitzuentcheiden. Wieweit das aber realisierbar ist, wird vom Stand der Erziehung und Ausbildung der Staats- und Wirtschaftsbürger abhängen; und zweifellos wird Führung darum nicht überflüssig werden, sondern nur einen anderen Stil erfordern. Den Mitbürgern hier schon Rechte einzuräumen und Pflichten aufzuerlegen, die sie nicht wahrnehmen wollen oder können, muß unvermeidlicherweise die Idee der Mitbestimmung selbst kompromittieren und schließlich auch unsere repräsentative demokratische Staatsform gefährden.

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG

NEUERSCHEINUNG

Carl Landauer

DIE SOZIALDEMOKRATIE

Wohl kaum ein anderer ist in dem Maße geeignet, über die Historie und die Zukunftsaussichten der Sozialdemokratie zu schreiben, wie Carl Landauer. Die persönlichen Erfahrungen und Erlebnisse dieses alten Sozialisten und erfahrenen Sozialwissenschaftlers in der Weimarer Republik, sein umfangreiches wissenschaftliches Werk über den europäischen Sozialismus und schließlich die Tatsache, daß er zu den ersten gehörte, die das Konzept von einer sozialistischen Marktwirtschaft entwickelten, prädestinieren ihn dafür, zu einer „Standortanalyse“ der Sozialdemokratie von heute die notwendige Gedankenhilfe zu leisten.

Großoktav, 110 Seiten, 1972, brosch. DM 6,50

V E R L A G W E L T A R C H I V G M B H - H A M B U R G